

Wittke ist sicher: „Die Bochumer Lösung kommt“

Verkehrsminister sah Hustadt wieder

QUERENBURG • Um zu sehen, ob die Konzepte seiner Behörde auf Gegenliebe stoßen, macht Oliver Wittke, NRW-Minister für Bauen und Verkehr (CDU), ab und an den Praxistest vor Ort. Am Dienstagabend diskutierte er mit Lokalpolitikern und Bürgern in der Hustadt.

Wittke hat zwar an der Ruhr-Universität Geographie und Wirtschaftswissenschaft studiert, musste im voll besetzten Saal des Paulushauses jedoch zugeben: „Ich haben das Unicenter zuletzt vor 15 Jahren betreten.“

Trotz verblasster Ortskenntnis hatte der Minister eine Menge zu erzählen und überraschte gleich zu Anfang mit der Aussage, dass in den letzten Jahren schon rund 26 Millionen Euro in die Sanierung der Hustadt geflossen seien. Wohin genau, konnte er nicht sagen, sah jedoch ein, dass weiter Handlungsbedarf besteht.

Rückbau

In seiner Amtszeit will er integrierte Konzepte für den Städte-, Straßen- und Wohnungsbau entwickeln und so die Sünden der Vergangenheit ausbessern: „Die autogerechte Stadt der 70er-Jahre muss zur menschengerechten Stadt von heute werden“, so Wittke. In eng bebauten Siedlungen wie der Hustadt könne so neben dem - etwa senioren- oder familiengerechten - Umbau auch der Rückbau von Wohnungen gefördert werden.

Erst auf Nachhaken der Bürger im Saal kam der Minister auch auf Fragen zu sprechen, für die ihn die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU in Bochum eigentlich eingeladen hatte: Die Verlängerung der U 35 und den Aus- und Weiterbau der Autobahnen im Stadtgebiet.

Mit klaren Worten lehnte Wittke eine Erweiterung der U-Bahnlinie am Erholungsgebiet Kemnader See vorbei nach Witten ab: „Der Kosten-Nutzen-Faktor ist bei einer Strecke, die durch unbewohntes Gebiet führt, einfach zu niedrig.“ Die anwesenden Umweltschützer konnten nach dieser Aussage aufatmen, des Ministers Ansicht zum Thema Autobahnausbau wird sie hingegen nicht erfreut haben: „Die so genannte „Bochumer Lösung“ mit Westkreuz und Opelquerspange wird kommen. Sie ist schon im Planfeststellungsverfahren und ein solches ist in meiner Amtszeit trotz Klagen immer bestätigt worden.“ Er verwies jedoch auf die Möglichkeit, den erforderlichen Lärmschutz neu zu berechnen und gegebenenfalls nachzubessern. • *Max Florian Kühlem*

Ruhr Nachrichten, 8. August 2007